

22.05.2009 / Thema / Seite 10

Keine Wende in Sicht

Analyse. Nach der Krise: Das Ende des Finanzmarktkapitalismus? Teil II (und Schluß): Der Charakter des gegenwärtigen Abschwungs und seine politischen Dimensionen

Jörg Huffschmid

Die aktuelle Finanzkrise bedeutet den Zusammenbruch der Finanzspekulation als einer zentralen Strategie im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus. Sie verstärkt die weltweite Rezession, die als konjunktureller Abschwung ohnehin gekommen wäre und deren Ende noch nicht absehbar ist. Spekulationskrisen sind im Kern Kreditkrisen, die dann auftreten, wenn Kreditpyramiden zusammenbrechen. Das Neue der aktuellen gegenüber früheren Kreditkrisen ist die lange Dauer und der enorme Umfang laxer und verantwortungsloser Kreditvergabe. Sie ist zum einen das Ergebnis der profitorientierten Innovationspolitik der Banken, die die Risiken fauler Kredite - durch Verbriefung und Verkauf - in alle Welt verstreut haben. Dies war auf der anderen Seite aber nur möglich, weil Regierungen und Aufsichtsbehörden diese Spekulationsstrategie nicht nur akzeptiert, sondern massiv durch Deregulierung und Steuersubventionen gefördert haben.

Wie hoch die wirklichen Verluste der aktuellen Finanzkrise sind, weiß im Frühjahr 2009 noch niemand. Die Zahlen, die von internationalen Institutionen gehandelt werden, ändern sich immer wieder und steigen von Monat zu Monat. Mittlerweile ist von mehreren Billionen Dollar die Rede. In bezug auf das Weltfinanzvermögen Ende 2007 (225 Billionen Dollar, IMft. 2008, Stat. Appendix 2008) wären drei Billionen Dollar Verlust nicht besonders viel, nämlich knapp 1,5 Prozent; in Relation zum Weltsozialprodukt (rund 55 Billionen Dollar) schon erheblich mehr, nämlich fünf Prozent. Die Verluste tragen zunächst die Eigentümer von Aktien und die kreditgebenden Banken bzw. die Käufer von Kreditpaketen.

In der Krise zeigt sich, daß Aktien eben fiktives Kapital sind, auf das die Eigentümer sich nicht verlassen können; und es zeigt sich, daß Kredite künstlich geschaffenes Geld sind, das nur zu einem kleinen Bruchteil durch handfeste Werte gedeckt ist. In der Krise löst sich ein Teil von beidem in Luft auf. Das hat Folgen, für die Eigentümer des Finanzvermögens und für die Funktionsfähigkeit des gesamten Finanzsystems.

Aktienbesitzer werden ärmer, was allerdings nur dann unmittelbare Folgen für sie hat, wenn sie von den Erträgen ihrer Aktien leben müssen. Das ist bei Beschäftigten in der Regel nicht der Fall, wohl aber bei Rentnern und Pensionären in kapitalgestützten Rentensystemen, deren Einkommen und Lebensstandard sinken. Bei denen, die ihre Aktien nicht verkaufen (müssen), fällt kein realer Verlust an. Ebenso wenig wie vorher durch die Kurssteigerungen nicht verkaufter Papiere reale Gewinne entstanden waren. Die Probleme der Finanzkrise für die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems entstehen durch den befürchteten Dominoeffekt, der eintritt, wenn eine »systemrelevante« Bank zusammenbricht und andere - aufgrund der dichten Verflechtung über den sogenannten Interbankenmarkt - mit in den Abgrund reißt. Um derartige systemgefährdende Wirkungen zu verhindern, haben die Regierungen aller größeren kapitalistischen Länder massivste Maßnahmen ergriffen. Sie reichen von praktisch unbegrenzten staatlichen Kreditbürgschaften, über umfangreiche Subventionen durch den Ankauf wertloser oder gefährdeter Wertpapiere zu weit überhöhten Preisen oder die Einbringung staatlichen Kapitals bis zur kompletten Verstaatlichung - oder »Rettungsübernahme« - gefährdeter Banken (mit der Absicht, diese nach ihrer Rettung vor dem Zusammenbruch alsbald wieder zu privatisieren).

Das Grundmuster bleibt

Die Exzesse der Finanzspekulation und die Gier und der Größenwahn haben zu massiver öffentlicher Kritik geführt und die Reputation der Finanzmärkte und ihrer zentralen Akteure deutlich angekratzt. Insofern ist der Finanzmarktkapitalismus gegenwärtig diskreditiert. Die Frage ist jedoch, ob er auch substantiell ökonomisch oder politisch geschwächt ist. Dies erscheint mir vor allem aus drei Gründen zweifelhaft.

Zum einen sind mit dem Desaster der Spekulation nicht auch zugleich die beiden anderen strategischen Optionen der zentralen Akteure des Finanzmarktkapitalismus entfallen. Für die Option des Drucks auf die Unternehmen hat die Krise zwar einerseits zum Zusammenbruch einer Reihe von Finanzinvestoren geführt, andererseits aber auch zunehmende Konzentration und Machtzusammenballung im Finanzsektor bewirkt und drittens die Konkurrenz zwischen den Investoren um das insgesamt geschrumpfte Finanzvermögen verschärft. Der ausschlaggebende Erfolgsfaktor in dieser Konkurrenz wird das glaubwürdige Versprechen auf hohe Renditen für die Geldbesitzer bleiben. Dabei wird die extreme Kurzfristperspektive der letzten Jahre möglicherweise unter dem Druck neuer Regulierungen einer mittel- oder längerfristigen Orientierung weichen. Das wäre zwar eine Abmilderung und Modifikation, aber keineswegs eine Überwindung der Shareholder-value-Strategie. Auch der Druck auf Parlamente und Regierungen durch die Finanzinstitute wird vermutlich nicht abnehmen. Ursachen hierfür sind einerseits die Macht des durch Übernahmen und Fusionen kompakter gewordenen und nach dem Willen aller Beteiligten nach kurzer Rettungsfrist wieder privatisierten Finanzsektors und andererseits die Entwicklung der Staatsfinanzen. Die zur »Bankenrettung« aufgewendeten Riesensummen werden die öffentlichen Haushalte massiv unter Druck setzen und die Staatsverschuldung dramatisch ansteigen lassen. Bei diesen Mitteln handelt es sich nicht um klassische keynesianische Konjunkturanhebung, in deren Ergebnis die Ertrags- und Steuerkraft der Wirtschaft steigt. Es handelt sich vielmehr um bloße Rettungsmaßnahmen, die einen völligen Absturz der Wirtschaft verhindern sollen, ansonsten aber keine produktiven Wirkungen haben. In dieser Situation wird der allgemeine Spardruck bei den Staatsausgaben zunehmen, und die Regierungen werden verstärkt nach Möglichkeiten suchen, öffentliches Vermögen zu verkaufen und öffentliche Dienstleistungen abzubauen, auszulagern, oder aber unter verstärkten Rationalisierungsdruck zu stellen. Privatisierung wird vermutlich andere Formen annehmen, die Strategien der Finanzinvestoren werden längerfristiger sein, an die Stelle von aktionistischen Hedgefonds treten möglicherweise »nachhaltig« ausgerichtete Infrastrukturfonds oder ausländische Staatsfonds. Der Privatisierung wird möglicherweise ihre aggressivste Spitze genommen, ihr Hauptinhalt aber, die Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen, wird bestehen bleiben und zunehmen.

Zum anderen sind die Basistendenzen, die zur Herausbildung des Finanzmarktkapitalismus geführt haben, von der Krise in keiner Weise gestoppt oder auch nur modifiziert worden. Die Konzentration von Einkommen und Vermögen schreitet voran, und die Privatisierung von Alterssicherungssystemen wird unverdrossen weiter betrieben. Die Vermögen an der Spitze der Gesellschaft sind infolge der Krise zwar erheblich geschrumpft, ihr Wiederaufbau aber hat bereits begonnen.

Drittens deuten auch die politischen Konstellationen und Lagen nicht auf einen Bruch mit dem Grundmuster des Finanzmarktkapitalismus. Die Situation ist nicht vergleichbar mit der nach dem Zweiten Weltkrieg, als eine humanitäre Katastrophe und materielle Zerstörungen in bislang unbekannt Dimensionen sowie die in den Jahren des Faschismus gewachsenen Widerstandsbewegungen die Grundlage für relevante Reformen des Kapitalismus bildeten, die von der Mehrheit der Menschen, den politischen Institutionen und den Gewerkschaften gewollt waren und vorangetrieben wurden. Davon kann gegenwärtig keine Rede sein. Das Ausmaß der Krise ist trotz allem nicht vergleichbar mit Krieg und unmittelbarer Nachkriegszeit. Die großen politischen Institutionen und Parteien stehen fest auf dem Boden des Kapitalismus, haben den Finanzinvestoren noch vor kurzer Zeit alle roten Teppiche ausgerollt und sind nicht bereit, grundsätzlich neue Wege der politischen Steuerung zu gehen. Keynesianische Konjunkturprogramme werden als Notstandsmaßnahme akzeptiert, sie signalisieren aber nicht eine Wende zu einem neuen interventionistischen Steuerungsmodell. Bei den Gewerkschaften nimmt zwar die Erkenntnis zu, daß die Situation neue und weiterreichende Antworten - wie z. B. gesellschaftliche Rahmenplanung - erfordert. Auf

der anderen Seite stehen sie unter Druck, die unmittelbaren Tagesinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten und in der Krise Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern. Die sozialen Bewegungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem als Bewegungen für Frieden und ein geeintes Europa einen kurzen Aufschwung erlebten, dann unter dem Druck des beginnenden Kalten Krieges aber weitgehend verschwanden, haben sich in den letzten Jahren zwar bemerkenswert - und in internationalen Dimensionen - entwickelt, sind aber keineswegs im Bewußtsein der Bevölkerung verankert und akzeptiert.

Aus diesen Gründen gehe ich davon aus, daß trotz der aktuellen Einbrüche durch die tiefe Finanz- und Wirtschaftskrise und trotz der Diskreditierung der Spekulation und der Gier von Managern die realen Machtstrukturen des Finanzmarktkapitalismus, der sich in den letzten drei Jahrzehnten herausgebildet hat, nicht wesentlich geschwächt sind.

Die weitere Perspektive

Für den weiteren Verlauf der Krise und ihre politische Verarbeitung sind drei idealtypische Szenarien vorstellbar.

Im ersten Szenario tritt eine schnelle Erholung ein. Die Krise endet noch in diesem Jahr und ihr folgt - wie auf die Asienkrise Ende der 1990er Jahre und die New Economy Krise ab 2004 - ein schneller und kräftiger Aufschwung. Dann würden - wie in den beiden vorangegangenen Fällen - der Finanzmarktkapitalismus weiter gestärkt und jede Konzeption einer weiterreichenden politischen Intervention - oder einer »neuen internationalen Finanzarchitektur« - in der Versenkung verschwinden, bereits ergriffene Reformschritte rückgängig gemacht und die Deregulierung fortgesetzt.

Den Eintritt eines solchen Szenarios halte ich jedoch für sehr unwahrscheinlich. Hiergegen sprechen die Gleichzeitigkeit und Heftigkeit der Rezessionen in den Industrieländern sowie die anhaltende Unsicherheit auf den Finanzmärkten. Die Regierungen aller großen Länder und alle internationalen Organisationen gehen davon aus, daß die Krise nicht schnell in einen Aufschwung umschlagen wird und daß daher großer politischer Handlungsbedarf besteht.

Das zweite Szenario geht von dem entgegengesetzten Fall aus: Die Finanzkrise führt zu einer massiven Beeinträchtigung der Basisfunktionen des Finanzsystems - Zahlungsverkehr, Einlagensicherung und Kreditversorgung -, und die Rezession weitet sich zu einer anhaltenden Depression mit Massenentlassungen, Arbeitslosenraten von 20 Prozent und mehr sowie massiv steigender Armut aus. Dieser Fall wird in einem relevanten Teil der öffentlichen Diskussion durchaus als realistisch angesehen, der behauptet, die Krise habe gerade erst begonnen und der eigentliche Zusammenbruch stehe noch bevor. Der Eintritt eines solchen Szenarios würde vermutlich dramatische politische Folgen haben, die allerdings nicht in Richtung auf mehr Demokratie und sozialen Fortschritt zielen. In Europa würde er vermutlich einerseits zu einem schnellen Zerfall der Europäischen Union führen und andererseits autoritärere Formen der Intervention zur Rettung des Systems befördern: Das würde einen härteren Abbau des Sozialstaats und verstärkte Versuche zu internationaler Expansion bedeuten. Zur längerfristigen Stärkung des Systems könnte es überdies zu einer neuen Welle massiver und längerfristiger staatlicher Interventionen kommen, zu denen nicht nur Investitionsprogramme in die Infrastruktur, sondern auch strategische Verstaatlichungen zur Stärkung der jeweiligen nationalen Wirtschaft und zur Unterstützung ihrer internationalen Positionen gehören. Mit demokratischer Wende hätte das nichts zu tun. Es ist zu vermuten, daß die Sozialdemokratie dabei mit von der Partie wäre, und die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß viele Gewerkschaften sich in eine solche autoritär-etatistische Strategie korporatistisch einbinden ließen.

Auch den Eintritt dieses Extremszenarios eines ungebremsten Absturzes der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft halte ich jedoch für unwahrscheinlich. Zum einen erzielen die großen Schwellenländer, vor allem China und Indien, aber auch Brasilien und Argentinien, die zwar auch vom Abschwung betroffen sind, immer noch erhebliche Wachstumsraten und bremsen den weltweiten Absturz. Zweitens wird auch in den großen Industrieländern in absehbarer Zeit ein neuer Zyklus von Ersatzinvestitionen einsetzen, die die

Unternehmen trotz Krise vornehmen müssen, um überhaupt im Geschäft zu bleiben. Drittens stehen den Regierungen heute erheblich mehr und wirksamere wirtschaftspolitische Interventionsmöglichkeiten zur Verfügung als damals. Wenn die Rezession sich weiter vertieft, werden vermutlich weitere und umfangreichere Konjunkturprogramme aufgelegt werden, die letztlich die Lage stabilisieren werden. Die USA und China werden hierbei die führenden Länder sein, Europa - und insbesondere Deutschland - wird wegen des völligen Fehlens einer abgestimmten Wirtschaftspolitik die weltwirtschaftliche Erholung eher bremsen, aber letztlich nicht langfristig verhindern. Im Finanzsektor stecken zwar noch erhebliche Unsicherheiten, vor allem bei den undurchsichtigen Kreditpaketen. Die Gewinne der Banken sind im letzten Jahr teilweise deutlich gefallen, aber es gibt nur wenige systemrelevante Banken, vor allem in den USA, die nach wie vor wirklich Verluste gemacht haben, allen voran die spektakulären Fälle Lehman Brothers, Citigroup und Bank of America. Mittlerweile machen alle amerikanischen Großbanken jedoch wieder zum Teil erhebliche Gewinne. Im Krisenjahr 2008 haben von den 30 größten europäischen Banken 25 Gewinne und nur fünf Verluste gemacht (Handelsblatt vom 16.4.2009, S. 24/25). Überdies haben die Regierungen glaubwürdig demonstriert, daß sie notfalls auch entschlossen sind, die Banken jenseits aller ideologischen Widerstände zu retten. Wenn die Kreditvergabe dennoch eng wird, liegt das nicht an der Notlage der Banken, sondern an ihrer Blockadehaltung.

Krise ohne Absturz?

Aus diesen Gründen erscheint mir ein drittes Szenario am realistischsten. Die Krise wird zunächst anhalten und sich möglicherweise noch vertiefen, ohne jedoch in einen Absturz überzugehen. Sie mündet dann in eine Stagnationsphase ein, die nach einigen Jahren von einem schwachen Aufschwung abgelöst wird, in dem die fälligen und unverzichtbaren Ersatzinvestitionen die Führung übernehmen. Der weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit wird - auf hohem Niveau - gestoppt. Für die Finanzmärkte geht das Szenario davon aus, daß die Unternehmen eine Wiederholung der spekulativen Exzesse der vergangenen Jahre in mittlerer Frist vermeiden. Möglicherweise werden auch die sehr bescheidenen Ergebnisse des G-20-Gipfels vom April 2009 in London dazu beitragen, hemmungslose, abenteuerliche und betrügerische Finanzakrobatik zurückzudrängen.

Dieses Szenario ist politisch grundsätzlich nach zwei Seiten hin offen. Die erste ergibt sich fast naturwüchsig aus der aktuellen politischen Konstellation, die zweite erfordert massive Anstrengungen und Druck.

Wenn die Prognose zutrifft, daß die Krise sich zwar zunächst noch vertieft, aber nicht in einem Absturz mündet, sind angesichts der vorherrschenden politischen Konstellationen die Chancen für eine Politik des Aussitzens ohne wesentliche Veränderungen gut. Ihr Ergebnis wäre in mittlerer Frist eine - leicht modifizierte - Fortsetzung der neoliberalen Politik. Die Konjunkturpakete würden als befristete Notprogramme zur Wiederherstellung des marktwirtschaftlichen Status quo betrachtet. Nach dem Ende des Notstands werden die Hauptrichtungen der Entwicklung weiterhin überwiegend durch »die Märkte«, d.h. die Interessen der dominierenden Konzerne und Finanzinvestoren, bestimmt. Der Staat wird allerdings - dies werden die »Lehren aus der Krise« sein - eine größere Rolle als Moderator spielen. Das Finanzsystem wird durch Einsatz der öffentlichen Haushalte saniert, verkleinert und reprivatisiert. Möglicherweise werden die Vorschriften für Risikovorsorge und Transparenz ausgeweitet und exzessive Finanzspekulation behindert. Im übrigen bleiben die Grundsätze des Haushaltsausgleichs und der ausschließlich an Preisstabilität ausgerichteten Finanz- und Geldpolitik erhalten, die sozialen Reformen zielen weiterhin auf Verdrängung und Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen und auf Stärkung von »Eigenverantwortung«, die Privatisierung geht weiter. Insgesamt liefe diese Politik auf die Stabilisierung des Finanzmarktkapitalismus in leicht gemäßigter Form hinaus. Da die Grundstruktur einer auf Umverteilung und Privatisierung gegründeten Entwicklung aber weiter bestehen bliebe, wird längerfristig das Problem der Überakkumulation wieder akut werden. Dann steht das System erneut vor der Krise.

Eine Alternative zu dieser unerfreulichen Perspektive müßte eine demokratische Überwindung der Grundstrukturen des Finanzmarktkapitalismus und Weichenstellungen für einen anderen Entwicklungstyp

von Wirtschaft und Gesellschaft anvisieren. Unter den gegenwärtigen Bedingungen - einerseits tiefe Krise, andererseits stabile Grundstrukturen - steht die Konzeption für eine derartige Alternative vor zwei gleichermaßen wichtigen Anforderungen:

Sie muß auf der einen Seite Wege zur kurzfristigen Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage für die Mehrheit der Menschen aufzeigen und eine weitere Verschärfung der Unsicherheit, Prekarität und Krise und die damit drohende Tendenz zu autoritären Lösungen verhindern. Auf der anderen Seite muß sie dafür sorgen, daß die Stabilisierung nicht zur Wiederherstellung der früheren Strukturen und Mechanismen führt. Wenn die Thesen über die Hintergründe dieser Krise zutreffen, heißt dies letztlich, daß dauerhafte soziale und ökonomische Stabilisierung nur durch eine gründliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten möglich sein wird. Dies erfordert allerdings politische und soziale Bewegungen, die zu einer dauerhaften Umverteilung politischer Macht von oben nach unten führen, also eine radikale Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen. Es reicht letztlich nicht, immer wieder neue Interventionen und Regulierungen zur Eindämmung und Milderung der Probleme zu erfinden, die aus der Anhäufung privaten Vermögens und dem Druck zu seiner Vermehrung entstehen. Die Entstehung dieses Drucks selbst muß verhindert werden.

Auswege

Um die dazu notwendige politische Energie zustande zu bringen, sind Zwischenschritte nötig. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Problemlage und des offensichtlichen Versagens oder Unwillens von Unternehmen und Regierungen zu angemessenen Lösungen bieten sich drei Projekte für die Verbindung von Stabilisierung und demokratischen Veränderungen an.

Erstens sollte die Antwort auf das offensichtliche und dramatische Versagen des Finanzsektors in seiner bisherigen Form darin bestehen, die Banken nicht einfach zu retten, sondern den Finanzsektor insgesamt demokratisch umzugestalten. Dazu gehören die Vergesellschaftung der Banken und eine weitgehende Bankenreform. Sie sollte die Banken auf ihre Kernaufgaben - die Annahme und Verwaltung von Einlagen, die Kreditvergabe und die Sicherung eines reibungslosen Zahlungsverkehrs - zurückführen und den universellen Zugang zu wesentlichen Bankdienstleistungen gewährleisten.

Zweitens sollte angesichts der dramatischen Gefährdung der Zahl und Qualität von Arbeitsplätzen und der Umwelt die staatliche Geld- und Finanzpolitik darauf abzielen, die Überwindung der aktuellen Rezession durch öffentliche Investitionsprogramme und differenzierte Kreditpolitik mit Weichenstellungen für Vollbeschäftigung bei guten Arbeitsbedingungen sowie für einen ökologischen Umbau zu einer nachhaltigen Struktur der Energieversorgung, des Verkehrs und der Landwirtschaft zu verbinden.

Drittens sollte der Trend zunehmender Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen gestoppt und der Ausbau eines demokratischen, nicht den privaten Gewinnkalkülen unterworfenen öffentlichen Sektors in Angriff genommen werden, der nicht als Ausnahme vom universellen Marktprinzip geduldet wird, sondern als eigenständige Alternative zum Marktsektor Bestand hat.

Eine derartige Perspektive impliziert eine dauerhaft höhere Steuer- und Staatsausgabenquote. Entsprechende Forderungen stoßen nicht nur auf erbitterten Widerstand aus dem neoliberalen Lager, sondern oft auch auf Skepsis und Ablehnung auf Seiten linker und kapitalismuskritischer Positionen. Der Grund für diese Ablehnung ist der an den Interessen des Kapitals ausgerichtete, überwiegend imperialistische und undemokratische Charakter staatlicher Politik. Die Antwort auf diese vielfach zutreffenden Hinweise kann aber nicht darin liegen, den Staat auszuhungern. Sie sollte darin bestehen, ihn zu demokratisieren.

Literatur:

- Atkinson, A.B./T. Piketty (Hg.), Top Incomes over the Twentieth Century. A Contrast between Continental European and English-Speaking Countries, Oxford 2007

- Farrell, D., Ch. S. Fölster, and S. Lund (2008), Long-term trends in the global capital markets, The McKinsey Quarterly, Economic Studies, Februar 2008

- Galbraith, James K, Created Unequal. The Crisis in American Pay, New York 1998

- Huffs Schmid, Jörg, »Internationale Finanzmärkte: Funktionen, Entwicklung, Akteure«, in: Jörg Huffs Schmid, Margit Köppen, Wolfgang Rhode (Hg), Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Neue Herausforderungen durch die internationalen Finanzmärkte, Hamburg 2007, S. 10-50

- IFSL 2008, IFSL Research, Fund Management 2008 (London, October 2008) (www.ifsl.org.uk)

- Krüger, Stephan, »Finanzmarktkrise: Der Umschlag des Kredit- in das Monetarsystem. Einordnung in langfristige Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation«, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2008, S. 19-39

- OECD 2008, Growing Unequal. Income Distribution and Poverty in OECD Countries, Paris

- Wehlau, Diana, Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluß der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung, Wiesbaden 2009
Jörg Huffs Schmid ist Professor für Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik. Er leitete bis 2005 das »Institut für Europäische Wirtschaft, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik« der Universität Bremen und ist Gründungsmitglied der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik«

Vorabdruck aus Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Heft 78 (Juni 2009, Schwerpunkt: »Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen«); erscheint dieser Tage (Einzelheft 10 Euro, Abo zum reduzierten Preis, Bestellungen an redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de)